Sociale Friedenspolitik

der letzten 10 Jahre in Deutschland.

Festrede

zur Vorfeier

des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs

Wilhelm II.

gehalten am 26. Januar 1898

in der

Aula der Königl. Technischen Hochschule

zu

AACHEN

von

Dr. R. van der Borght,

Professor der Nationalökonomie an der Königl. Technischen Hochschule
zu Aachen.

Nachdruck verboten.

Sociale Friedenspolitik

der letzten 10 Jahre in Deutschland.

Festrede

zur Vorfeier

des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs

Wilhelm II.

gehalten am 26. Januar 1898

in der

Aula der Königl. Technischen Hochschule

zu

AACHEN

von

Dr. R. van der Borght,

Professor der Nationalökonomie an der Königl. Technischen Hochschule
zu Aachen.

Nachdruck verboten.

Hochansehnliche Festversammlung!

Des Kaisers 39ster Geburtstag hat uns hier zusammengeführt. Auch wir, auch die Lernenden und Lehrenden und Freunde der Hochschule wollen nicht zurückbleiben, wenn alle, in denen ein deutsches Herz schlägt, sich vereinen, um ihrem Kaiser zu huldigen und ihm ihre Verehrung zu bezeugen. In allen Teilen Deutschlands richten sich heut' Herzen und Augen auf die kraftvolle Gestalt unseres Kaisers; und mehr als das, die Augen der Welt sind auf ihn gerichtet, auf ihn, der es verstanden hat, auch den nicht-deutschen Völkern Achtung abzugewinnen. Ein stolzes Gefühl der Freude erfüllt uns, wenn wir wahrnehmen, wie des deutschen Kaisers Name auf dem ganzen Erdball in jedermanns Munde ist, wie seine eigenartig ausgeprägte Persönlichkeit auch ausserhalb der deutschen Grenzen bei allen Interesse, bei vielen sogar aufrichtige Verehrung und hohe Wertschätzung erweckt.

Mit Stolz und Dankbarkeit auch sehen wir, dass unser Kaiser nicht aufhört, das Schwergewicht des deutschen Schwertes zu Gunsten des Völkerfriedens in die Wagschale zu werfen. Wir wissen — und als ich heut' vor drei Jahren die Ehre hatte, beim gleichen Anlass vor Ihnen zu stehen, habe ich es erwiesen — dass der Kaiser mit dieser seiner Haltung das Friedens-Programm zu verwirklichen strebt, das er von Anfang an feierlich aufgestellt und seitdem immer festgehalten hat. Schon das müsste ihm Aller Herzen erobern.

Aber nur eine Seite seines Wesens und Wirkens ist mit dieser äusseren Friedenspolitik bezeichnet. Nicht minder scharf ausgeprägt ist für jeden, der ohne Befangenheit und mit offenen Augen die Entwicklung verfolgt hat, des Kaisers Wirken für den inneren, für den socialen Frieden. Freilich, diese Wirksamkeit tritt nicht jedem gleich deutlich vor die Seele, und ihre Ergebnisse, die ja in unser tägliches Leben hineingreifen und an die auch leichter Kritik angelegt werden kann, werden gerade deshalb nicht immer und nicht überall richtig gewürdigt. Und doch handelt es sich hier um eine Friedensarbeit, die von grösster Bedeutung für unsere ganze Entwicklung ist, und überdies um eine Arbeit,

die nur geleistet werden kann von einem Manne, der mit warmem Herzen an den Geschicken seines Volkes Anteil nimmt und der die Bedürfnisse unserer Zeit klar erkannt hat. Auf ein volles Jahrzehnt solcher Arbeit am socialen Frieden wird unser Kaiser im Sommer dieses Jahres zurückblicken können, und viel ist in dieser Zeit durch ihn und seine Organe geleistet worden, in Preussen sowohl wie im Reich. Aber nur zu viele sind nicht im stande, diese Leistungen zu überschauen und ganz nach ihrem inneren Wert zu erfassen.

Wohl geziemt es sich da, am heutigen Tage einmal den Blick zurückzuwenden und vom Beginn der Regierung unseres Kaisers an bis heute seine sociale Friedenspolitik zu verfolgen. Niemand wird es thun, ohne die Ueberzeugung zu gewinnen, dass hier viel mehr innere Folgerichtigkeit und Stetigkeit herrschte, als sich die meisten träumen lassen. Niemand auch wird sich bei einer solchen Rückschau der Wahrheit verschliessen können, dass es bei Beurteilung grade dieser Seite des kaiserlichen Wirkens verkehrt ist, sich durch Einzelheiten bestimmen zu lassen. Den Geist und den grossen Grundgedanken, der in der socialen Friedenspolitik verwirklicht ist, muss man erfassen, wenn man dem Kaiser und seiner Wirksamkeit gerecht werden will.

Was er erstrebt, von Anfang an hat er es ausgesprochen. Als er am 25. Juni 1888, zehn Tage nach dem Tode seines unvergesslichen Vaters, zum erstenmale eine Ansprache an den deutschen Reichstag richtete, erklärte er, sich „das teure Vermächtnis“ seines herrlichen Grossvaters aneignen zu wollen. Feierlich verhiess er, im Sinne der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 „dahin zu wirken, dass die Reichsgesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung auch ferner den Schutz erstrebe, den sie, im Anschluss an die christliche Sittenlehre, den Schwachen und Bedrängten im Kampfe ums Dasein bieten kann.“ „Ich hoffe“ — setzte der Kaiser hinzu — „dass es gelingen werde, auf diesem Wege der Ausgleichung ungesunder gesellschaftlicher Gegensätze näher zu kommen.“ Dieses grosse Programm der Ausgleichung ungesunder gesellschaftlicher Gegensätze hat der Kaiser auch späterhin wiederholt mit Entschiedenheit aufgestellt. In der Thronrede vom 22. November 1888 erklärte er von neuem: „Als ein teures Vermächtnis Meines in Gott ruhenden Herrn Grossvaters habe ich die Aufgabe übernommen, die von ihm begonnene socialpolitische Gesetzgebung fortzuführen. Ich gebe mich der Hoffnung nicht hin, dass durch gesetzgeberische Massnahmen die Not der Zeit und das menschliche Elend sich aus der Welt schaffen lassen; aber ich erachte es doch für eine Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Linderung vorhandener wirtschaftlicher

Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken und durch organische Einrichtungen die Bethätigung der auf dem Boden des Christentums erwachsenden Nächstenliebe als eine Pflicht der staatlichen Gesamtheit zur Anerkennung zu bringen.“

Nicht minder deutlich heisst es in dem Erlass vom 4. Februar 1890: „Ich bin entschlossen, zur Besserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern“. Als auf Grund dieser Erlasse der Kaiser die Mitwirkung des Reichstags zur Herbeiführung wichtiger Reformen heischte, betonte er am 6. Mai 1890, es handle sich um die Prüfung der Frage, „ob unsere Gesetzgebung den innerhalb der staatlichen Ordnung berechtigten und erfüllbaren Wünschen der arbeitenden Bevölkerung in ausreichendem Masse Rechnung trage“.

Diese letzteren Worte sind sehr charakteristisch. Sie lehnen die positiven Ziele des Socialismus ab, die ja auf eine vollkommen anders geartete Gesellschaftsordnung hinauslaufen; aber sie stellen sich auch rückhaltlos auf den Boden socialer Reformen innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung. Nur ein Fürst, der im besten Sinne des Wortes modern ist, konnte das aussprechen.

War in den beiden letzten Aeusserungen von den Arbeitern als solchen die Rede, so liess doch des Kaisers Ausspruch vom 5. Dezember 1894 keinen Zweifel, dass sich für ihn der Inhalt der Socialreform nicht in der Fürsorge für die arbeitenden Klassen im engeren Sinne des Wortes erschöpft, dass vielmehr alle schwächeren Volksschichten von dieser Reform erfasst werden müssen. Erklärte es doch der Kaiser „als die vornehmste Aufgabe des Staates, die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen und ihnen zu einer höheren wirtschaftlichen und sittlichen Entwicklung zu verhelfen. Die Pflicht, dieses Ziel mit allen Kräften anzustreben, wird um so zwingender, je ernster und schwieriger der Kampf um das Dasein für einzelne Gruppen der Nation sich gestaltet hat.“

Das alles sind Aeusserungen, die wir alle mit erlebt haben. Aber es war doch nicht überflüssig, sie Ihnen wieder in Erinnerung zu bringen. Unsere Zeit lebt schnell und vergisst schnell, und viele sind sich nach so kurzer Zeit schon — wie ich oft erfahren habe — nicht mehr des socialpolitischen Programmes bewusst, mit dem der Kaiser seine Regierung eröffnet und das er so oft und so eindringlich erneuert hat.

Die Worte, die ich angeführt habe, sind auch schon zum guten Teile in Thaten umgesetzt worden. Zum guten Teile; denn selbstverständlich lässt sich nicht in 10 Jahren alles das schaffen, was nötig ist, um den wirtschaftlich Schwachen die Bahn für eine „höhere wirtschaftliche und sittliche Entwicklung“ völlig frei zu machen und um die „ungesunden gesellschaftlichen Gegensätze“, die sich mit der modernen wirtschaftlichen Entwicklung eingenistet haben, ganz auszugleichen. Generationen werden noch an der Aufgabe zu arbeiten haben und zu einem völligen Abschluss der socialen Reformen wird es nie kommen. Das Ziel aller dieser Bestrebungen wird genau das gleiche sein, wie es unser Kaiser so schön und treffend bezeichnet hat. Einen tüchtigen Schritt vorwärts sind wir aber doch in den ersten 10 Jahren der Regierung unseres Kaisers gekommen.

Die wichtigste und dringendste Aufgabe, die der Kaiser auf socialpolitischem Gebiet zu lösen hatte, war der vorläufige Abschluss des Gebäudes der Arbeiterversicherung, dem der grosse Begründer des neuen Deutschen Reiches die letzten Jahre seines Lebens fast ausschliesslich gewidmet hatte. Von den drei grossen Gebieten der obligatorischen Arbeiterversicherung, wie sie in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 als nötig bezeichnet sind, waren die beiden ersten, die Kranken- und die Unfallversicherung, noch von Wilhelm I. ausgebaut worden und auch meist schon in Kraft getreten. Nur das Gesetz vom 5. Mai 1886, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen war noch nicht überall in Kraft gesetzt worden. Eine Reihe von Verordnungen unseres Kaisers hat das in den Jahren 1888 und 1889 herbeigeführt. Für das dritte Gebiet, die Invaliditäts- und Altersversicherung, dagegen waren zwar noch unter Wilhelm I. die vorbereitenden Arbeiten begonnen worden; aber seine greisen Augen schlossen sich zu ewiger Ruhe, noch ehe das Werk vollendet war. Unter seinem Sohn, Kaiser Friedrich, wurde am 15. April 1888 ein entsprechender Gesetzentwurf dem Bundesrat vorgelegt, der den Entwurf wesentlich umgestaltete. In dieser Gestalt wurde der Entwurf anfangs Juli 1888, also sehr bald nach dem Regierungsantritt unseres Kaisers, veröffentlicht und so der allgemeinen Kritik unterbreitet, die sich sehr lebhaft bethätigte. Die kritische Arbeit führte zu einer nochmaligen Umarbeitung des Entwurfs, der dann am 22. November 1888 dem Reichstag zuing. Durch die sehr gründliche Bearbeitung des Entwurfs in der Reichstagskommission wurden noch wichtige Umgestaltungen desselben veranlasst. Das daraus hervorgegangene Gesetz vom 22. Juni 1889 betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung

(später durch Gesetz vom 8. Juni 1891 in einem Punkte — § 157 — geändert), ist am 1. Januar 1891 in Kraft getreten. Es unterwirft bekanntlich vom 16. Lebensjahre ab die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Arbeiter, Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Betriebsbeamten, kaufmännischen Angestellten und die Besatzungen der Seefahrzeuge der Versicherung mit bestimmten, im Gesetz näher bezeichneten Ausnahmen. 1891 wurden auch die Hausindustriellen der Tabakindustrie und 1894 die Hausindustriellen bestimmter Zweige der Textilindustrie der Versicherung unterworfen. (Im ganzen jetzt über $11\frac{1}{2}$ Mill. versicherte Personen.)

Die Versicherung gewährleistet dem erwerbsunfähigen Arbeiter nach 5jähriger Wartezeit eine Invalidenrente und den über 70 Jahre alten Arbeitern nach 30jähriger Wartezeit eine Altersrente, die an den Nachweis der Erwerbsunfähigkeit nicht gebunden ist. Die Wartezeiten sind für die Uebergangsperiode gekürzt, was namentlich für die alten Arbeiter eine grosse Bedeutung hatte und noch hat.

Das Gesetz, dessen Einzelheiten hier nicht besprochen werden können, hat in vielen Beziehungen eine herbe Kritik erfahren. Namentlich werden die Renten noch nicht als genügend bezeichnet. In der That ist das Gesetz noch nicht als ideale Lösung der Aufgabe anzusehen. Und doch ist es ein Riesenschritt vorwärts, wenn man sich die Hilflosigkeit des alten oder des invaliden Arbeiters, dem Verwandte nicht helfend zur Seite standen, vor 1891 klar macht. Von 1891 bis 1895 sind auf Grund dieses Gesetzes über 156 000 Invalidenrenten und über 269 000 Altersrenten bewilligt und über $32\frac{1}{3}$ Mill. Mark an Invalidenrenten und fast $110\frac{1}{5}$ Mill. Mark an Altersrenten ausgezahlt worden, also im ganzen über $142\frac{1}{2}$ Mill. Mark, d. h. fast $2\frac{3}{4}$ Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Das Reich selbst ist dabei mit rund 57 Mill. Mark beteiligt. Schon diese Ziffern zeigen, dass die Invaliditäts- und Altersversicherung trotz ihrer Fehler im einzelnen doch eine sehr bedeutende Verbesserung der Lage der unteren Klassen darstellt. Kein Land der Welt hat es gewagt, eine solche Leistung für die arbeitenden Klassen auf sich zu nehmen.

Dass im übrigen das Gesetz noch mancher Verbesserungen bedarf, hat die Regierung des Reiches selbst anerkannt. Sie hat nach längeren Vorbereitungen am 26. Februar 1897 dem Reichstag einen Entwurf unterbreitet, der u. a. auch mehrfache Rentenerhöhungen und eine bessere Anpassung der Renten an die Lage der höher gelohnten Arbeiterschichten vorschlug. Ist der Entwurf auch nicht Gesetz geworden, so ist er doch wichtig als ein Zeichen dafür, dass die Kaiserliche Regierung nicht gewillt ist, bei dem Erreichten stehen zu bleiben.

Das Gebäude unserer Arbeiterversicherung wohllicher auszugestalten, manche Lücke auszufüllen, manche Verbesserung einzelner Bestimmungen herbeizuführen, hat sich die Kaiserliche Regierung auch in Bezug auf die beiden anderen Gebiete der Arbeiterversicherung angelegen sein lassen. Bei der Krankenversicherung ist ihr das auch schon gelungen durch das Gesetz vom 10. April 1892, das viele Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Juni 1883 verbesserte und dadurch die Krankenversicherung wirksamer gestaltete. Der reichsgesetzlichen Krankenversicherung unterliegen über $7\frac{1}{2}$ Mill. Personen, wozu noch rund 485000 Knappschaftskassenmitglieder kommen. Die reichsgesetzliche Krankenversicherung hat seit 1885 bis 1895 in rund 24 Mill. Krankheitsfällen für rund 400 Mill. Krankheitstage im ganzen 862 Mill. Mark zu Gunsten der Erkrankten aufgewandt, d. h. etwa 17 Mark auf den Kopf der durchschnittlichen Bevölkerungszahl.

Was die Unfallversicherung anlangt, so ist zunächst zu erwähnen, dass durch Bundesratsbeschluss die Besatzung der deutschen Hochseefischereidampfer vom 1. Juli 1895 ab und die in der grossen Heringsfischerei beschäftigten Seeleute vom 1. April 1896 ab für versicherungspflichtig erklärt worden sind.

Auch an die Aufgabe einer Verbesserung und Ergänzung der Unfallversicherung ist die Regierung herangetreten. Im Sommer 1894 wurden zwei Gesetzentwürfe der öffentlichen Prüfung unterbreitet, von denen der eine die Reform, der andere die Erweiterung der Unfallversicherung betraf. Die Entwürfe fanden freilich vielfach Widerspruch. Auf einer vom Reichsamt des Innern berufenen Konferenz vom 4. bis 9. November 1895 wurde dann die Frage der Revision der Arbeiterversicherung überhaupt eingehend behandelt. Am 17. November 1896 wurden dem Reichstag Entwürfe zur Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vorgelegt. Die Entwürfe, die in den Einzelheiten manche Verbesserung enthielten, wurden in der Reichstagskommission wesentlich umgestaltet, nicht immer in zweckmässiger Weise. Sie sind nicht zur Erledigung gekommen. Der Reformversuch ist also gescheitert. Auffällig ist das nicht, da sich hier eine grosse Reihe sehr schwieriger Fragen ergibt, über die eine Einigung erst nach viel längerer öffentlicher Erörterung möglich sein wird. In der gegenwärtigen Sitzungsperiode des Reichstags ist ein neuer Entwurf nicht vorgelegt worden; damit ist aber die Reform der Unfallversicherung nicht endgültig aufgegeben worden.

Die Unfallversicherung umfasst jetzt über 16 Mill. Versicherte. Sie hat seit 1886 bis 1895 431490 Unfälle entschädigt. Darunter befinden sich 52737 Todesfälle, aus deren

Anlass 105 765 Angehörige Entschädigungen erhielten. Die gesamten Aufwendungen für Unfallentschädigungen belaufen sich seit 1886 bis 1895 auf rund 244 Mill. Mark, oder beinahe 5 Mark auf den Kopf der durchschnittlichen Bevölkerungszahl.

Im ganzen hat hiernach die deutsche Arbeiterversicherung seit 1885 bis 1895 unmittelbar zu Gunsten der erkrankten, verletzten, invaliden und alten Arbeiter und ihrer Angehörigen fast $1\frac{1}{4}$ Milliarde Mark ausgegeben, oder etwa 25 Mark auf den Kopf der durchschnittlichen Bevölkerungszahl. Welches Land der Erde kann sich einer gleichen Leistung rühmen? Gewiss ist auch mit diesen riesigen Summen nicht in jedem einzelnen Falle geholfen worden, gewiss ist auch in manchen Fällen die Hilfe nicht gross genug gewesen. Aber viele Thränen sind damit getrocknet worden, und viele Familien sind dadurch von dem wirtschaftlichen Untergange gerettet worden. Gegen die Zustände vor dem Inkrafttreten der Arbeiterversicherung, gegen die frühere Hilflosigkeit des Arbeiters in Fällen der Krankheit, des Unfalls, des Alters und der Invalidität bedeutet das alles einen ganz gewaltigen Fortschritt. Dankbar erinnern wir uns dabei der Thatsache, dass unser Kaiser trotz grosser Schwierigkeiten die Fortführung dieses Zweiges der Socialreform von Anfang an auf seine Fahne geschrieben hatte.

Die Arbeiterversicherung hat, wie jede Versicherung, zunächst die Aufgabe, helfend einzugreifen, wenn die dem Arbeiter drohende Gefahr verwirklicht ist. Sie hat aber auch — wiederum wie jede Versicherung — ein dringendes Interesse daran, den schädigenden Ereignissen vorzubeugen, die Gefahrenquellen zu verstopfen. Die Gefahrenverhütung ist also die notwendige Ergänzung der Arbeiterversicherung. Es ist bekannt, dass sich die Versicherungsorgane auch schon in beachtenswerter Weise auf diesem Gebiet bethätigt haben. Aber es war nicht möglich, die grosse und schwierige Aufgabe möglichst wirksamer Gefahrenverhütung lediglich den Versicherungsorganen zu überlassen. Man hatte dazu vielmehr eine besondere gesetzliche Grundlage nötig, welche die Pflichten der Unternehmer in dieser Beziehung fest umgrenzte. Von derartigen Gesichtspunkten aus war es nur folgerichtig, wenn die zweite Hauptaufgabe, der sich die Socialpolitik des Kaisers zuwandte, die gesetzliche Regelung der Gefahrenverhütung in den Betrieben oder, kurz gesagt, des Arbeiterschutzes war. Schon in dem bekannten Erlasse vom 4. Februar 1890 an die preussischen Minister für öffentliche Arbeiten, für Handel und Gewerbe trat der Kaiser mit grosser Entschiedenheit dafür ein, die „Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den

auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, dass es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, dass die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“ Zur Vorberatung der in Betracht kommenden Fragen nahm der Kaiser ein Zusammen-treten des Staatsrates in Aussicht und regte zugleich in dem Erlass von demselben Tage an den Reichskanzler eine internationale Konferenz an. Diese Konferenz fand in der Zeit vom 15. bis 29. März 1890 zu Berlin statt. Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Schweden, die Schweiz, Spanien und Ungarn waren auf dieser Konferenz vertreten. Bindende Beschlüsse konnten natürlich nicht gefasst werden. Vielmehr stellte die Konferenz eine Reihe von Wünschen auf, die das Mindestmass dessen bezeichnen sollten, was in den Kulturstaaten nach Ansicht der Konferenz zu leisten ist.

Dieses Mindestmass ging über die sehr mageren Bestimmungen der deutschen Gewerbeordnung wesentlich hinaus. Die Regierung beeilte sich, die deutsche Gesetzgebung mit den Beschlüssen der Konferenz in Einklang zu bringen. Schon Anfang Mai 1890 legte sie einen Gesetzentwurf darüber vor. Aus den sehr umfangreichen Beratungen des Reichstags über diesen Entwurf ging dann die Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 (gewöhnlich „Arbeiterschutzgesetz“ genannt) hervor. Dies Gesetz verwirklicht die Forderungen der internationalen Konferenz und geht in Bezug auf Ausschluss der Kinderarbeit aus den Fabriken noch darüber hinaus. Auf die Einzelheiten des Gesetzes kann ich nicht eingehen. Die wichtigsten Neuerungen, die es brachte, waren die Sicherung ausreichender Sonntagsruhe für Arbeiter und kaufmännische Angestellte, das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter dreizehn Jahren in den Fabriken, die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit der Kinder von 13 und 14 Jahren auf 6 Stunden und der jugendlichen Arbeiter von über 14 bis 16 Jahren auf 10 Stunden, sowie der erwachsenen weiblichen Arbeiter auf 11 Stunden, das Verbot der Nacharbeit für weibliche und jugendliche Arbeiter und Kinder, bessere Regelung der Pausen, die Verpflichtung der Unternehmer grösserer Fabriken zum Erlass einer Arbeitsordnung, die schärfere Betonung der allgemeinen Pflicht des Unternehmers, Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter durch

entsprechende Einrichtungen und Anordnungen zu schützen usw. Dabei war dem Bundesrat die Befugnis gegeben, die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in besonders gesundheits- oder sittengefährlichen Betrieben ganz zu untersagen oder von bestimmten Bedingungen abhängig zu machen, und ferner auch Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter zu regeln in Gewerben, in denen durch übermässige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird.

Das Gesetz enthielt viele einschneidende Aenderungen des früheren Rechtszustandes und wenn auch manche Bestimmungen sich nicht als zweckmässig erwiesen haben, so ist doch die Tendenz des Gesetzes und die Mehrzahl seiner Vorschriften durchaus zu billigen.

Den Grundsätzen, die das Arbeiterschutzgesetz für das rechtliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgestellt hat, hat Preussen durch das Gesetz vom 24. Juni 1892 auch das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Bergbau angepasst und die betr. neuen Bestimmungen des Berggesetzes unter dem 14. Juli 1895 auch auf den Stein- und Kali-Salzbergbau in der Provinz Hannover ausgedehnt. Auch die Schiffsmannschaften im Binnenschiffsverkehrsverkehr und die Flossmannschaften sind durch die Reichsgesetze vom 15. Juni 1895 den entsprechenden Vorschriften der Gewerbeordnung unterstellt worden.

Die Durchführung des Arbeiterschutzgesetzes, das von sehr grosser praktischer Bedeutung für die socialen Verhältnisse ist, machte eine erhebliche Zahl von Bundesratsbeschlüssen und Verordnungen nötig, die im Reichsgesetzblatt bekannt gemacht sind. Sie erstrecken sich auf die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in verschiedenen Industriezweigen, auf Einrichtung und Betrieb besonders gefährlicher Betriebsarten, auf die nähere Regelung der Sonntagsruhe usw.

Die notwendige Folge dieser erweiterten Arbeiterschutzbestimmungen war die Erweiterung und Verschärfung der Gewerbeaufsicht. Denn da es stets Elemente geben wird, die aus Mangel an gutem Willen oder an Einsicht nicht das thun, was zur Verwirklichung der Idee des Gesetzes nötig ist, so muss eine möglichst sachverständige Aufsicht über die gewerblichen Betriebsstätten nachhelfen. Die Lösung der hier erwachsenden Aufgaben war Sache der Einzelstaaten. Preussen griff die Frage sehr bald an. Dem Etat des preussischen Handelsministeriums für 1891/92 war eine Denkschrift „betreffend die künftige Regelung der Gewerbeinspektion“ beigegeben, welche Denkschrift die Grundzüge der erweiterten Gewerbeaufsicht festlegte. Die Denkschrift

bezeichnete 26 Regierungs- und Gewerberäte, 97 Gewerbe-Inspektoren und 40 Gewerbe-Inspektions-Assistenten, im ganzen also 163 Aufsichtsbeamte als nötig, während 1890 in Preussen nur 17 Fabrik-Inspektoren und 10 Assistenten, also 27 Aufsichtsbeamte vorhanden waren. 1896 waren nach den „Amtlichen Mitteilungen aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten“ für 1896 (Berlin 1897) thätig 27 Gewerberäte, denen als Vertreter noch 4 Gewerbe-Inspektoren beigegeben waren, ferner als Verwalter der einzelnen Inspektionsbezirke 89 Gewerbe-Inspektoren und in 55 Bezirken 63 Gewerbe-Inspektions-Assistenten, zusammen 183 Aufsichtsbeamte. Auch in den übrigen deutschen Staaten hat die Durchführung des Arbeiterschutzgesetzes zur Vermehrung der Aufsichtsbeamten geführt. Während 1890 in Deutschland im ganzen 80 Aufsichtsbeamte vorhanden waren, stellte sich ihre Zahl 1896 auf 280. Ihrer Aufsicht waren rund 230 000 Betriebe unterstellt, von denen 90 212 revidiert wurden.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben sich im Laufe der Jahre auch mehr und mehr als Vertrauenspersonen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bethätigen und in dieser Beziehung eine segensreiche Wirksamkeit entfalten können. Auch statistische Aufgaben sind ihnen zugewiesen worden; insbesondere liefern sie regelmässige Nachweisungen über die beschäftigten jugendlichen und weiblichen Arbeiter.

Diese statistische Thätigkeit ist von grosser Bedeutung insofern, als die Aufklärung über die thatsächlichen Verhältnisse eine sehr wichtige Voraussetzung für den Fortgang der Socialreform ist. Dieser Erkenntnis entsprang auch die Einsetzung eines besonderen Organs für die Pflege der Socialstatistik, nämlich der „Kommission für Arbeiterstatistik“ im Frühjahr 1892*), bestehend aus höheren Beamten und Reichstagsabgeordneten. Sie ist speciell berufen zur Mitwirkung bei den statistischen Erhebungen, die zur Durchführung des Arbeiterschutzes nötig werden. Dementsprechend hat die Kommission auf Anordnung des Bundesrats oder des Reichskanzlers die Vornahme solcher Erhebungen, ihre Durchführung und Verarbeitung sowie ihre Ergebnisse zu begutachten und weiter dem Reichskanzler Vorschläge über solche Erhebungen zu unterbreiten. Sie ist befugt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl zu ihren Sitzungen mit beratender Stimme hinzuzuziehen und nötigenfalls Auskunftspersonen zu vernehmen. Die eigentlichen technischen Arbeiten der Statistik werden vom statistischen Amt des Deutschen Reiches ausgeführt. Die Erhebungen haben

*) Das Regulativ ist am 1. April 1892 aufgestellt und 1894 in einigen Punkten geändert.

sich u. a. erstreckt auf die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, auf Arbeitszeit, Kündigungsfrist und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe, auf Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der Kellner und Kellnerinnen, auf die Arbeitszeit in den Getreidemühlen, auf die Arbeiterverhältnisse in der Kleider- und Wäsche-Konfektion. Auch über die Arbeiterverhältnisse im Binnenschiffahrtsgewerbe sind Erhebungen in Aussicht genommen.

Für statistische Aufklärung ist weiterhin gesorgt worden durch die auf Grund des Gesetzes vom 8. April 1895 vorgenommene Berufs- und Gewerbebeziehung vom 14. Juni 1895. Diese grosse statistische Aufnahme war zunächst dadurch bemerkenswert, dass sie die weitere Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat hin deutlich erkennen lässt. Während Deutschland im Anfang des Jahrhunderts noch durchaus Ackerbaustaat war, und während 1882 noch immer 42,51 Proz. der Bevölkerung von der Land- und Forstwirtschaft und Viehzucht lebten, betrug dieser Prozentsatz 1895 nur noch 35,47 Proz. Dagegen ist der von Bergbau, Industrie und Baugewerbe lebende Teil der deutschen Bevölkerung seit 1882 von 35,51 auf 39,12 Proz. gestiegen. Weiter ist wichtig, dass sich in dieser letzteren Gruppe und noch mehr im Handels- und Verkehrsgewerbe die weiblichen Erwerbsthätigen viel stärker vermehrt haben als die männlichen. Auch dadurch ist die Berufszählung für die Socialpolitik besonders wichtig geworden, dass sie die Zahl derjenigen feststellte, welche am 14. Juni 1895 aus anderen Gründen als wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit arbeitslos waren. Diese Erhebungen sind dann für den 2. Dezember 1895 in Verbindung mit der Volkszählung ergänzt worden. Die Erhebungen über die Arbeitslosen, deren Zahl sich am 14. Juni 1895 auf 179 004 Personen = 1,11 Proz. der sämtlichen Arbeitnehmer und am 2. Dezember 1895 auf 553 640 Personen = 3,40 Proz. stellte, sind freilich nicht so ausgestaltet gewesen, dass man einen genauen Einblick in die Arbeitslosenverhältnisse gewinnen kann.

Immerhin sind die Zahlen geeignet, die Bedeutung von Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit erkennen zu lassen. Der Gedanke einer allgemeinen obligatorischen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit durch Reichs- oder Landesgesetz ist zwar aufgetaucht; aber das Reich sowohl wie Preussen haben sich auf diesen Weg nicht begeben, weil gegen eine derartige Versicherung für grössere Bezirke ernste Bedenken bestehen. Diese Aufgabe ist vielmehr den kommunalen Organen und den Privaten überlassen worden. Auch die daran anschliessende Aufgabe des Arbeitsnachweises ist diesen Organen überlassen geblieben. Aber die preussische Regierung hat hier fördernd mitgewirkt. Das

preussische Handelsministerium hat — nachdem in Württemberg im April 1894 und in Bayern im Juni 1894 die Ministerien zur Bildung städtischer Arbeitsnachweise angeregt hatten — im September 1894 an die Städte mit mehr als 10000 Einwohnern eine Verfügung erlassen, die für die ganze Frage von grosser Bedeutung war. Der Minister bezeichnete es dabei als einen bedeutsamen Fortschritt, dass neuerdings „in weiteren Kreisen das Ziel verfolgt wird, den Arbeitsnachweis zur Aufgabe öffentlicher Veranstaltung der Gemeinden zu machen“. Der Minister legte deshalb den Städten ein entsprechendes Vorgehen nahe. Es sei wünschenswert, wenigstens in allen Städten von mehr als 10000 Einwohnern Arbeitsnachweisebureaus zu schaffen, die von den Beteiligten kostenlos benutzt werden können und einem von der Gemeindebehörde ernannten, weder zu den Arbeitgebern noch zu den Arbeitnehmern gehörigen Beamten unterstellt seien. Auch eine organische Verbindung der städtischen Arbeitsnachweise untereinander wurde empfohlen.

Dieses Eingreifen war von grossem Erfolge, weil es die Bewegung lebhafter gestaltete und etwaige Bedenken der Gemeinden rascher aus dem Wege räumte, als es sonst wohl zu erwarten gewesen wäre. Eine Reihe von Städten hat selbst Arbeitsnachweisstellen errichtet und eine Reihe anderer Städte, darunter auch Aachen, hat die Errichtung solcher Anstalten durch Subventionen gefördert. Ende 1894 waren in Preussen nach der Zeitschrift des preussischen statistischen Bureaus (1896 I) schon in 92 Städten Arbeitsnachweisstellen vorhanden, von denen ein grosser Teil durch die Gemeinden verwaltet wird.

Auf dem Gebiet der Arbeiterwohnungsfrage ist eine wichtige Massnahme des Reiches insofern zu verzeichnen, als das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 den Versicherungsanstalten gestattet, ein Viertel ihres Vermögens in Grundstücken anzulegen; nach dem schon erwähnten Gesetzentwurf zur Revision dieses Gesetzes sollte sogar die Hälfte des Vermögens in dieser Weise verwendet werden können. Die erwähnte Vorschrift ermöglichte die Verwendung von Geldern dieser Anstalten zur Beförderung des Baues von Arbeiterwohnungen. Nach dem Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamtes für 1896 sind bis 31. Dezember 1896 von den Versicherungsanstalten 11911679 Mark für den Bau von Arbeiterwohnungen verwendet worden.

Für seine eigenen Arbeiter und für seine gering besoldeten Beamten hat der preussische Staat sich durch das Gesetz vom 13. August 1895 5 Mill. Mark zur Verfügung stellen lassen, um damit Arbeiterwohnhäuser zu bauen, die dann an die Arbeiter und kleine Beamte des Staates ver-

mietet werden sollen. Auch zu Bau-Darlehen sollen die Mittel verwendet werden können.

Dass die Staatsverwaltung sich dieser Aufgabe auch tatsächlich annimmt, ergeben u. a. die dem Landtage vorgelegten „Nachrichten von der Verwaltung der Preussischen Staatsbergwerke, -Hütten und -Salinen während des Etatsjahres 1895/96“. Hiernach sind z. B. bei den fiskalischen Steinkohlengruben bei Saarbrücken in diesem einen Jahre an 72 Arbeiter Bauprämien von 855 bis 900 Mark, im ganzen 64380 Mark und ausserdem unverzinsliche Bau-Darlehen auf 10 Jahre im Betrage von 105 000 Mark gewährt worden. Die preussische Staatsbahnverwaltung hat (laut „Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der preussischen Staatseisenbahnen im Betriebsjahre 1895/96“, Drucksachen des Abgeordneten-Hauses 1896/97 Nr. 34) aus den Mitteln des erwähnten Gesetzes vom 13. August 1895 im Jahre 1895/96 an 21 Orten die Herstellung von 458 Wohnungen begonnen. Auch sonst haben diese staatlichen Verwaltungen sich mit Eifer der Arbeiterwohnungsfrage angenommen, die Bildung von Baugenossenschaften angeregt und sie gefördert usw. Auch die Reichsbetriebe sind auf diesem Gebiet für ihre Arbeiter thätig gewesen.

Für die Arbeiter der privaten Unternehmungen hat der Staat — abgesehen von der Verwendung von Mitteln der Versicherungsanstalten — die Beschaffung geeigneter Wohnungen der Privatinitiative überlassen müssen. Die Behörden haben aber hierbei nützlich eingegriffen; in verschiedenen Regierungsbezirken, wie Düsseldorf, Oppeln, Posen, Liegnitz haben vor einiger Zeit die Regierungen eine Art polizeilicher Wohnungs-Inspektion angeordnet, die in den letzten Jahren viele vorhandene Missstände aufgedeckt und dadurch die private Thätigkeit zur Herbeiführung von Verbesserungen angeregt hat.

Die allgemeine rechtliche Stellung des Arbeiters als Wohnungsmieter ist durch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches vom 18. Juni 1896 nach mehrfachen Richtungen hin verbessert. Dem Vermieter steht nach wie vor zur Sicherung seiner Forderungen aus dem Mietsverhältnis ein Pfandrecht an den eingebrachten Sachen des Mieters zu. Man konnte das Recht nicht abschaffen, weil sonst die Mieten — namentlich für die unbemittelten Klassen — verteuert worden wären; aber man hat einen Missbrauch des Rechtes durch dessen Begrenzung zu verhindern gesucht. Namentlich ist hervorzuheben, dass dieses Pfandrecht hinsichtlich künftiger Entschädigungs-Forderungen des Vermieters überhaupt nicht besteht und dass es bezüglich der noch nicht fälligen Mietzinsforderungen nur für den Mietzins des laufenden und des folgenden Jahres zugelassen ist. Auch ist

es bedeutsam, dass der humanere Grundsatz „Kauf bricht nicht Miete“, der bisher nur in einzelnen Rechtsgebieten bestand, zur allgemeinen Herrschaft erhoben wurde.

Bleibt auch noch viel auf dem Gebiete der Arbeiterwohnungsfrage zu thun, so ist doch anzuerkennen, dass gerade in den letzten Jahren von Reichs- und Staatswegen manche wichtige Massnahme zur Beseitigung der oft sehr krassen Missstände ergriffen worden ist.

Erwähnung verdient auch die Thatsache, dass die Mittel der Invaliditätsversicherungs-Anstalten auch in anderer Hinsicht für gemeinnützige Zwecke verwendet worden sind.

Nach dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für 1896 sind bis Ende 1896 5 892 110 Mark für den Bau von Kranken- und Genesungshäusern, von Herbergen zur Heimat, von Volksbädern und von Kleinkinderschulen, für Spar- und Konsumvereine und andere Wohlfahrts-Einrichtungen benutzt bzw. bereitgestellt worden.

Auch muss hervorgehoben werden, dass die Reichs- und die preussische Staatsregierung im Sinne unseres Kaisers überhaupt die private socialpolitische Bethätigung auf sehr vielen Gebieten zu fördern bemüht gewesen sind.

Zu allen diesen positiven Massnahmen im Interesse der Arbeiterklassen tritt noch hinzu das sehr wichtige Reichsgesetz über die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1890. Die Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, bedürfen einer raschen Erledigung durch sachverständige Richter. Nur wenig Organe standen vor 1890 hierfür zur Verfügung. In der Rheinprovinz waren 16, in Elsass-Lothringen 5, in den Hansastädten 3 Gewerbegerichte und im Königreich Sachsen 5 Bergschiedsgerichte vorhanden, im ganzen also 29. Die Regelung im einzelnen war dabei sehr verschieden. Durch das Gesetz vom 29. Juli 1890 wurde eine einheitliche Regelung herbeigeführt, und auch die schon bestehenden Gewerbegerichte mussten in wesentlichen Punkten dem Reichsrecht angepasst werden. In Preussen ist das bezüglich der rheinischen Gewerbegerichte durch Gesetz vom 11. Juli 1891 geschehen.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Reichsgesetzes liegt darin, dass es die Arbeiterklasse, die vordem nur durch die Arbeiterversicherung zur Mitwirkung an den Einzelarbeiten für öffentliche und gemeinsame Zwecke herangezogen war, für eine wichtige Gruppe öffentlicher Organe zur ständigen Mitarbeit berief. Denn jedes Gewerbegericht muss nach dem neuen Gesetz zu gleichen Teilen aus erwählten Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter unter einem unbeteiligten Vorsitzenden bestehen. Darin liegt eine Verbesserung der

rechtlichen und socialen Stellung der modernen Arbeiterklasse von grösster Bedeutung.

Das Gesetz hat in der Praxis zunächst die Wirkung gehabt, dass die Zahl der Gewerbegerichte bis 31. Dezember 1896 auf 284 anwuchs. Weiterhin hat es zur Beschleunigung der Rechtsprechung in Arbeiter-Angelegenheiten wesentlich beigetragen. Die Gewerbegerichte haben 1896 im ganzen 59 851 Streitsachen erledigt. Davon wurden 56,9 Proz. in weniger als einer Woche erledigt; bei 25,5 Proz. erforderte die Erledigung mehr als 1, aber weniger als 2 Wochen, und bei 17,6 Proz. 2 Wochen und mehr. Die ordentlichen Gerichte haben ganz erheblich langsamer gearbeitet. Bei den allermeisten von den Amtsgerichten zu erledigenden Sachen ist die Frist zwischen der Einreichung der Klage und der Abhaltung des ersten Termins schon länger als 1 Woche. Von grosser Bedeutung ist auch die Thatsache, dass die Gewerbegerichte, die nach dem Gesetz thunlichst auf gütliche Einigung der Parteien hinwirken müssen, 1896 nur in 21,2 Proz. der Fälle ein End-Urteil zu sprechen hatten. In der Mehrzahl der Fälle wurde eine gütliche Einigung durch Vergleich (45,6 Proz.), durch Verzicht (0,6 Proz.), durch Zurücknahme der Klage, Ausbleiben des Klägers usw. (23,8 Proz.), durch Anerkenntnis (1,1 Proz.) usw. erzielt.

Die Gewerbegerichte können nach dem Gesetz auch als Einigungsämter bei Interessen-Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern, also z. B. bei Streiks, bei Aussperrungen usw., angerufen werden. 1896 wurden die Gewerbegerichte 42mal als Einigungsamt angerufen, und in 23 anderen Fällen wurde die Vermittelungsthätigkeit des Vorsitzenden in Anspruch genommen. In 25 Streitfällen ist eine Vereinbarung, bezw. ein von den Parteien angenommener Schiedsspruch des Einigungsamtes erzielt worden. Im ganzen ist die Thätigkeit als Einigungsamt noch beschränkt und erst in den letzten Jahren zu Tage getreten, weil sich die Bevölkerung erst daran gewöhnen muss. Wenn man aber auch der Meinung ist, dass eine andere Organisation vielleicht für solche Zwecke geeigneter sein würde, so ist doch anzuerkennen, dass auch die in Rede stehende Thätigkeit der Gewerbegerichte dem socialen Frieden dient.

Dasselbe wird man von der dritten Funktion sagen müssen, die den Gewerbegerichten zugewiesen ist, nämlich von der Thätigkeit als gutachtliches Organ in gewerblichen Fragen. Sie können sowohl von den Behörden um Gutachten angegangen werden, als auch selbständig Anträge stellen. Auch diese Thätigkeit ist noch beschränkt geblieben, ist aber grundsätzlich wichtig, weil hier eine Art officieller Interessenvertretung der Arbeiter geschaffen ist.

Nicht nur den Arbeitern im engeren Sinne des Worts war die socialpolitische Fürsorge des Kaisers zugedacht. Auch andere bedrängte Kreise des Volkes hat er, wie wir sahen, von vornherein ins Auge gefasst. Dazu gehören insbesondere die Handwerker, deren oft schwierige Lage in socialpolitischer Beziehung sehr bedenklich ist. Von besonderer Bedeutung ist in dieser Beziehung das Reichsgesetz vom 26. Juli 1897. Das Gesetz macht den Versuch, die Lehrlingsausbildung zu bessern und der missbräuchlichen Ausdehnung der Lehrlingszahl entgegenzuarbeiten. Es führt weiter eine fakultative Gesellenprüfung und Meisterprüfung ein und macht von der Ablegung der letzteren die Führung des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks abhängig. Das Gesetz schafft weiter in den Zwangsinnungen und in den Handwerkerkammern Organe zur Vertretung der Handwerkerinteressen, wobei dann den Gesellen durch die Gesellenausschüsse eine Mitwirkung gesichert wird. Genügt das auch noch nicht allen Wünschen, die aus den Handwerkerkreisen laut geworden sind, so ist es doch socialpolitisch wertvoll, weil es bei verständiger Handhabung durch die Beteiligten die Möglichkeit schafft, manchen Missständen entgegenzuarbeiten, wichtige Massregeln gemeinsam durchzuführen und den Interessen der beteiligten Kreise Gehör zu verschaffen. Auch dies Gesetz ist deshalb — mag es auch Mängel haben — aus der socialen Friedenspolitik herausgewachsen, die unter der Leitung unseres Kaisers befolgt wird.

Das gleiche gilt von dem Grundgedanken der Massregeln, die von Reichs wegen zum Schutze der Bauhandwerker und Bauarbeiter gegen Ausbeutung geplant sind. Auf Veranlassung der preussischen Regierung ist vor kurzem eine Kommission von Vertretern der beteiligten Ministerien und Reichsämter zusammengetreten, um diese Fragen zu beraten. Die Kommission hat den Entwurf eines bezüglichen Reichsgesetzes ausgearbeitet, der noch vor Schluss des Jahres 1897 im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht und so der allgemeinen Beurteilung zugänglich gemacht ist.

Die Vorschläge des Entwurfs gehen namentlich dahin, dass für die Bauforderungen den beteiligten Handwerkern und Arbeitern eine Sicherungshypothek an dem Baugrundstück („Bauhypothek“) gewährt werden kann, an der alle Bauhandwerker und Bauarbeiter zu gleichen Rechten beteiligt sind und die eine bevorzugte Stellung gegenüber anderen Rechten am Grundstück geniessen soll.

Auch im Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind viele socialpolitisch wichtige Massnahmen durchgeführt worden, die hier nicht alle besprochen werden können. Erwähnt sei nur folgendes: Um den mittleren Bauern-

stand zu vermehren und um die Landarbeiter durch Verleihung von Bodenbesitz sesshaft zu machen, hat die preussische Regierung auf die alte, aber im Laufe dieses Jahrhunderts beseitigte Form des Rentenguts zurückgegriffen, d. h. eines eigentümlich besessenen Gutes, das mit einer festen Körner- oder Geldrente belastet ist. Das preussische Gesetz vom 27. Juni 1890 gestattete nämlich die Eigentums-Uebertragung eines Grundstückes gegen Uebernahme einer festen Geld- und Körnerrente. Die Ablösbarkeit der Rente ist von der Zustimmung beider Teile abhängig. Die Rente und die dazu gehörigen Abreden werden ins Grundbuch eingetragen. Diese wiedereingeführte Rechtsform gestattet wenig bemittelten Personen den Grunderwerb mit geringer Anzahlung und ohne Uebernahme einer Kapitalschuld und stellt durch die langjährigen oder ewigen Renten, die auf den Gütern lasten, diese bis zu gewissem Grade ausserhalb des Einflusses des freien Grundstückverkehrs.

Um dieser neuen Rechtsform eine praktische Bedeutung zu verschaffen, erging am 7. Juli 1891 ein besonderes Gesetz zur „Beförderung der Errichtung von Rentengütern“. Hiernach können die Renten, die auf mittleren und kleineren Rentengütern haften, auf Antrag der Beteiligten durch Vermittlung der Rentenbank soweit abgelöst werden, als nicht die Ablösbarkeit von der Zustimmung beider Teile abhängig gemacht ist. Als Abfindung erhält der Rentenberechtigte den 27fachen Betrag der Renten in $3\frac{1}{2}$ prozentigen (bezw. den $23\frac{2}{3}$ fachen Betrag in 4proz.) Rentenbriefen. Den Abfindungsbetrag hat der Eigentümer des Gutes durch eine Rentenbankrente von 4 bzw. $4\frac{1}{2}$ Proz. innerhalb der nächstfolgenden $60\frac{1}{2}$ (bezw. $56\frac{1}{12}$) Jahre zu tilgen. Ausserdem können zur erstmaligen Errichtung eines Rentengutes durch Aufführung der notwendigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude von der Rentenbank den Rentengut-Eigentümern Darlehen in $3\frac{1}{2}$ - oder 4prozentigen Rentenbriefen gewährt werden; die Darlehen sind für die Bank unkündbar und sind durch Zahlung einer Rentenbankrente in der schon angegebenen Weise zu tilgen.

Dadurch wurden die Mittel der 1850 eingeführten provinziellen Rentenbanken für die Beförderung der Ansiedlung kleiner und mittlerer Bauern und ländlicher Arbeiter herangezogen. Die Rentengutbildung begann nunmehr 1892. Bis Ende 1894 waren schon 7081 Rentengüter mit 74 298 ha*) geschaffen, von denen 3784 mit 40 208 ha durch Vermittlung der Rentenbanken entstanden waren. Die Hauptmasse dieser Rentengüter entfällt auf Ost- und Westpreussen und Posen. Durch das preussische Gesetz vom 8. Juni 1896 sind

*) Ohne die von der Ansiedlungskommission für Westpreussen und Posen begründeten Güter.

diese Rentengüter gegen die Zersplitterung beim Erbgang dadurch geschützt, dass sie durch entsprechende Eintragung in das Grundbuch zu „Anerbengütern“ umgewandelt werden können, derart, dass das Gut ungeteilt unter Abfindung der übrigen Erben auf einen bestimmten Erben, den „Anerben“ übergeht. Das Anerbenrecht, das bei richtiger Ausgestaltung sehr günstig wirken kann, gilt schon in verschiedenen Teilen Preussens. Es soll nach der Thronrede vom 11. Januar 1898 auf weitere Gebiete (Westfalen und einige angrenzende rheinische Kreise) ausgedehnt werden, was in Westfalen jedenfalls den Wünschen der Beteiligten entspricht. Das sind Massnahmen von grosser Bedeutung für die Entwicklung des bäuerlichen Mittelstandes. Die so geschaffenen Rechtsinstitute werden durch das Bürgerliche Gesetzbuch nicht berührt.

Sehr bedeutsam ist für die landwirtschaftliche Bevölkerung auch die durch das Gesetz vom 31. Juli 1895 errichtete „Preussische Central-Genossenschaftskasse“ zu Berlin, die den Personalkredit, insbesondere den genossenschaftlichen Personalkredit fördern soll, was namentlich auch den kleinen und mittleren Landwirten zu gute kommt. Der Staat hat dieser Anstalt als Grundkapital eine Einlage von 5 Mill. Mark in 3prozentigen Schuldverschreibungen gewährt und die Einlage durch Gesetz vom 8. Juni 1896 auf 20 Mill. Mark erhöht. Eine weitere Erhöhung ist durch die Thronrede vom 11. Januar 1898 angekündigt worden.

Auch eine korporative Organisation zur Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen ist in Gestalt der Landwirtschaftskammer durch das preussische Gesetz vom 30. Juni 1894 ermöglicht und durch die Königliche Verordnung vom 3. August 1895 für die Provinzen Ost- und Westpreussen, Posen, Schlesien, Pommern, Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein sowie für die Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden geschaffen worden.

Eine charakteristische und grundsätzlich bedeutsame socialpolitische Massregel im Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist fernerhin durch das preussische Gesetz vom 3. Juni 1896 ermöglicht worden. Das Gesetz stellt der Regierung 3 Mill. Mark zur Errichtung landwirtschaftlicher Getreidelagerhäuser zur Verfügung. Das Gesetz vom 8. Juni 1897 fügte noch weitere 2 Mill. Mark hinzu. Es sollen nämlich an wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und Wasserumschlagplätzen vom Staat solche Lagerhäuser erbaut werden. Die Verwaltung der Häuser soll durch Genossenschaften erfolgen. Man hofft so dem Landwirt, namentlich auch dem kleineren Landwirt eine bessere Verwertung seines Getreides zu ermöglichen.

Auch den kaufmännischen Angestellten hat sich die socialpolitische Fürsorge insofern noch beson-

ders zugewandt, als das neue Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 in den §§ 59—83*) eine den modernen Begriffen entsprechende rechtliche Stellung der Handlungsgehilfen geschaffen hat. Das bisherige Handelsgesetzbuch hatte über das Rechtsverhältnis zwischen den Geschäftsherren und den Handlungsgehilfen zwingende Rechtsnormen nicht aufgestellt. Die Vertragsfreiheit war die Grundlage des Verhältnisses, und der Vertrag konnte in allen möglichen Beziehungen von der subsidiären Regel des Gesetzes abweichen. Da hier wie überall der Angestellte in der Regel der schwächere Teil ist, so haben sich in Bezug auf Kündigungsfristen, Kündigungsgründe, Konkurrenzklauseln, Lehrlingswesen usw. manche Missstände unter der Herrschaft der Vertragsfreiheit entwickelt. Das neue Handelsgesetzbuch bemüht sich, in Anlehnung an das bürgerliche Gesetzbuch, die Angestellten gegen unbillige Vertragsbestimmungen zu schützen und zieht deshalb zunächst in Bezug auf Kündigungsfristen, Konkurrenzklauseln, Gehaltszahlung usw. der Vertragsfreiheit bestimmte Schranken. Auch wird dem Prinzipal der Schutz der Gesundheit und der Sittlichkeit bei Ausgestaltung der Geschäftsräume und bei Regelung der Arbeitszeit zur Pflicht gemacht. Bezüglich der Regelung der Arbeitszeit hatte die Reichskommission für Arbeiterstatistik einen einheitlichen Ladenschluss um 8 Uhr abends befürwortet, ein Vorschlag, der vielfach bekämpft, aber auch vielfach aus den Kreisen der Geschäftsinhaber befürwortet wurde. Wie verlautet, ist jetzt ein Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit im Handel in Vorbereitung, dessen Einzelheiten noch nicht bekannt sind, der aber hoffentlich unnötige Schablonisierung vermeiden wird.

Alle diese Massnahmen kommen bestimmten Kreisen der Bevölkerung unmittelbar zu gute. Es fehlt aber auch nicht an Massnahmen, die für die unteren Volksschichten in ihrer Gesamtheit eine materielle Verbesserung bedeuten. Dahin gehört zunächst die Erleichterung der Lasten, die mit der allgemeinen Wehrpflicht verbunden sind. Hier ist in erster Linie die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Mannschaften mit Ausnahme der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie durch das Reichsgesetz vom 3. August 1893 zu erwähnen. Diese Massregel hat eine hohe socialpolitische Bedeutung, da sie für die breite Masse des Volkes einen erheblich erweiterten Spielraum zu wirtschaftlicher Bethätigung in sich schliesst. Schon vorher war den unteren Klassen in finanzieller Beziehung eine Erleichterung zu teil geworden. Das Gesetz

*) Sie sind mit Ausnahme des § 65 bereits am 1. Januar 1898 in Kraft getreten.

vom 10. Mai 1892 hatte vorgesehen, dass die Familien der Mannschaften, die in Friedenszeiten zur Reserve, Landwehr oder Seewehr oder aus der Ersatzreserve zur zweiten und dritten Uebung einberufen werden, auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen erhalten, und zwar die Ehefrauen täglich 30 Proz., die sonstigen unterstützungsberechtigten Personen täglich je 10 Proz. des ortsüblichen Tagelohnes erwachsener männlicher Arbeiter am Aufenthaltsorte des Einberufenen; der Gesamtbetrag der Unterstützung einer Familie darf 60 Proz. dieses Lohnes nicht überschreiten. Wenn man erwägt, wie störend oft bei den unteren Klassen die Einberufung des Familienhauptes wirkt, so wird man den socialpolitischen Wert auch dieser Massregel, die ja anscheinend lediglich einem anderen Gebiete angehört, ermessen können.

Eine andere, den unteren Schichten unmittelbar eine Erleichterung schaffende und deshalb socialpolitisch sehr wichtige Massregel liegt in der grossen preussischen Steuerreform vor, wie sie in den Jahren 1891 bis 1893 durch verschiedene Gesetze geregelt ist. Das Ziel dieser Gesetzgebung war nicht nur eine gerechtere Verteilung der Steuerlast, sondern auch — und nicht in letzter Linie — eine Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen. Dieses Ziel ist durch die schärfere Heranziehung der leistungsfähigeren Kreise auch erreicht worden, und die preussische Steuerreform hat dadurch ein Beispiel gegeben, das auch in anderen deutschen Staaten zur Nachahmung gereizt hat. Für die unteren und mittleren Einkommenstufen, die vorher unverhältnismässig stark in Anspruch genommen waren, ist damit ein wesentlicher Anlass zur Unzufriedenheit beseitigt worden. Auf die Einzelheiten dieses umfangreichen Werkes kann ich natürlich an dieser Stelle nicht eingehen.

Den unteren Klassen in ihrer Gesamtheit kommen mittelbar auch die verschiedenen Gesetze zu gute, die unter der Regierung unseres Kaisers zur Abwehr unlauterer Machenschaften im Geschäftsverkehr ergangen sind. — Nur einige, bei denen der socialpolitische Grundgedanke deutlicher zu Tage tritt, seien hier erwähnt. Hierhin gehört zunächst das Reichs-Gesetz vom 19. Juni 1893, welches den Sachwucher unter Strafe stellt und dadurch einer Ausbeutung namentlich auch der unteren und geschäftlich nicht gewandten Schichten entgegen arbeiten will. Bei der grossen Dehnbarkeit des Wucherbegriffs darf man die Wirkung des Gesetzes nicht zu hoch veranschlagen; aber krasse Missbräuche können jetzt jedenfalls durch den Richter geahndet werden. Einem ähnlichen Gesichtspunkte entsprang das Gesetz vom 16. Mai 1894, das

sich gegen die Missbräuche im Abzahlungsgeschäfte richtet. Die unteren Volksschichten, die ja in erheblichem Umfange bei Abzahlungsgeschäften kaufen, litten früher namentlich unter der „Verwirkungsklausel“, das heisst unter der Bestimmung, dass bei Versäumnis einer Teilzahlung dem Verkäufer die schon gezahlten Raten und der Kaufgegenstand zufallen, während der Käufer ganz leer ausgeht. Eine derartige rigorose Klausel, die oft sehr verbitternd gewirkt hat, ist jetzt nicht mehr möglich. Vielmehr muss nach dem neuen Gesetz jeder Teil das Empfangene zurückgeben, falls wegen Ausbleibens einer Ratenzahlung der Verkäufer vom Vertrage zurücktritt. Für den inzwischen durchgeführten Gebrauch des Kaufgegenstandes hat der Käufer einen billigen Ersatz zu leisten. Diese und andere, hier übergangene Vorschriften zu Gunsten des Abzahlungskäufers sind durchaus als ein socialpolitischer Fortschritt zu bezeichnen.

Das Gleiche darf man erklären von der Vorschrift dieses Gesetzes, dass der Verkauf von Lotterie- und Prämienlosen auf Abzahlung verboten ist. Es soll damit verhindert werden, dass die Neigung zum Glücksspiel, die ja ohnehin auch in den unteren Schichten gross genug ist, durch derartige Manipulationen in ungesunder Weise gefördert wird. Derselbe Gesichtspunkt liegt dem preussischen Gesetz vom 19. April 1894 zu Grunde, nach welchem das gewerbsmässige Feilbieten von geringeren als den genehmigten Anteilen oder Abschnitten der Lose zu Privatlotterien mit Strafe von 100 bis zu 1500 Mark bedroht ist. Kleine Losabschnitte befördern ja die Spielsucht in den weniger bemittelten Klassen.

Den unteren Klassen nützen auch die Vorschriften des Warenzeichengesetzes vom 12. Mai 1894 und des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896, die sich gegen die falschen Herkunftsbezeichnungen, gegen wahrheitswidrige Anpreisungen, gegen irreführende Mass- und Gewichtsangaben usw. richten. Gerade die einfachen Leute werden durch solche Manipulationen am leichtesten und häufigsten geschädigt, während der Gebildete schärfer zu prüfen gewöhnt und im stande ist.

Aehnlich liegt es bei dem Verkehre mit Nahrungs- und Genussmitteln, sofern dabei der eigentliche Charakter der Waren verschleiert wird. Daher war es berechtigt, dass durch kaiserliche Verordnung vom 1. Februar 1891 das gewerbsmässige Herstellen, Verkaufen und Feilhalten von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen und in dem Reichsgesetz vom 15. Juni 1897 die undeutliche Kennzeichnung der Kunstbutter und ähnlicher Erzeugnisse verboten wurde. Die unteren Volksschichten sollen eben im

täglichen Verkehr nicht betrogen werden. Das letztere Gesetz ist freilich in manchen Punkten zu weit gegangen und bedarf deshalb einer Verbesserung gerade auch im Interesse der unteren Klassen.

Zu diesen unmittelbaren und mittelbaren Förderungs- massregeln des Reiches bezw. des preussischen Staates treten noch eine Reihe von Vorschriften und Vorschlägen hinzu, die den Zweck haben, den unteren Volksklassen eine höhere und den modernen Anschauungen mehr entsprechende rechtliche Stellung zu verschaffen.

Dieses Streben tritt zunächst deutlich in dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. Juni 1896 zu Tage. Namentlich gilt das von den § 611—630, die den Dienstvertrag regeln. Dieser Teil des Gesetzbuches ist am stärksten von den socialpolitischen Ideen unserer Zeit durchdrungen. Das Arbeits- und Dienstverhältnis wird hier nicht mehr als ein Mietsverhältnis aufgefasst, sondern als ein persönliches Verhältnis, das dem Dienstberechtigten ganz bestimmte Pflichten gegen den Dienstverpflichteten auferlegt. Der Dienstberechtigte hat in ähnlicher Weise, wie der § 120 a Absatz 1 des Arbeiterschutzgesetzes es den Unternehmern vorschreibt, den Dienstverpflichteten gegen Gefährdung von Leben und Gesundheit so weit zu schützen, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. Die schuld- hafte Verletzung dieser Pflicht macht den Dienstberechtigten schadensersatzpflichtig. Ist bei dauerndem Dienstverhältnis der Verpflichtete in die häusliche Gemeinschaft des Dienst- berechtigten aufgenommen, so muss ihm dieser im Fall der Erkrankung Verpflegung und ärztliche Behandlung bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses, längstens aber auf sechs Wochen gewähren. In beiden Beziehungen ist eine ab- weichende Regelung durch den Dienstvertrag nicht zulässig. Das Dienstverhältnis, dessen Dauer im Verträge nicht be- stimmt ist, kann nur durch Kündigung beendet werden. Für die Dauer der Kündigungsfristen sind bestimmte Normen im Gesetzbuch gegeben, die eine Beschränkung der Ver- tragsfreiheit zu Gunsten des Dienstverpflichteten bedeuten.

Bei Beendigung eines dauernden Dienstverhältnisses kann der Dienstverpflichtete ein schriftliches Zeugnis über die Art und Dauer seines Dienstes und über seine Leistun- gen und seine Führung fordern u. s. f.

Das alles sind Grundsätze, die nur auf dem Boden der modernen Auffassung erwachsen konnten, wengleich noch nicht allen Anforderungen genügt ist.

Auch der am 9. Dezember 1897 dem Reichstag vor- gelegte Gesetzentwurf, betr. Aenderung der Civilprozess- ordnung, trägt socialpolitischen Gesichtspunkten Rechnung. Er

hat den Kreis der Gegenstände, die der Pfändung nicht unterworfen sein sollen, erweitert und auf alle Gegenstände ausgedehnt, die für den Erwerb oder Beruf des Schuldners oder zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich sind, und auch der gewöhnliche Hausrat soll nicht gepfändet werden können, wenn ohne weiteres ersichtlich ist, dass durch dessen Verwertung nur ein Erlös erzielt werden würde, der zu dem Werte ausser allem Verhältnisse steht.

Der Entwurf will auch verhindern, dass das Geld gepfändet wird, das zur Wiederbeschaffung der erschöpften Nahrungs-, Feuerungs-, Futter- und Strenvorräte für zwei Wochen nötig ist. Bisher hat der Mangel einer solchen Schutzvorschrift zu sehr grossen Härten geführt; dem Armen konnte der letzte Groschen abgepfändet werden, auch wenn er dadurch sicher der Not überliefert wurde.

Das Ziel, das der Entwurf bei diesen Vorschriften verfolgt, ist die Verhinderung einer völligen Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz des Schuldners.

Weiter hat der Entwurf vorgesehen, dass, wenn auf Räumung einer Wohnung erkannt ist, durch das Gericht auf Antrag des Schuldners eine angemessene Frist zur Räumung festgesetzt wird. Bisher konnte in solchen Fällen der Mieter ohne weiteres auf die Strasse gesetzt werden, und für die ärmere Bevölkerung lag darin oft eine Grausamkeit.

Auch der am 26. November 1897 dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf über die Entschädigung unschuldig Verurteilter kommt Forderungen entgegen, die nicht zum mindesten im Interesse des socialen Friedens erhoben worden sind.

Neben allen staatlichen Massnahmen darf selbstverständlich die Selbsthilfe nicht aufhören. Die Reichsgesetzgebung hat gerade hierfür schon durch das Gesetz vom 1. Mai 1889 eine freiere Bahn geschaffen. Das Gesetz regelt die Verhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und hat als wichtigste Neuerung die Zulässigkeit beschränkter solidarischer Haftpflicht gebracht, während bis dahin in Deutschland nur die unbeschränkte Haftpflicht bei den Genossenschaften möglich war. Wie sich diese Selbsthilfe ausgestaltet hat, gehört nicht in den Rahmen der gegenwärtigen Darstellung.

Für eine Gruppe von Genossenschaften hat die neuere Gesetzgebung freilich Erschwerungen gebracht, nämlich für die Konsumvereine.

In dem Gesetz vom 1. Mai 1889 ist den genossenschaftlichen Konsumvereinen der Verkauf an Nichtmitglieder untersagt, und in dem Gesetz vom 12. August 1896 ist dies

Verbot noch verschärft und seine Verletzung mit Strafen bedroht worden. Weiterhin ist durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 6. August 1896 der Branntweinverkauf durch Konsumvereine schlechthin für konzessionspflichtig erklärt worden. Auch sind durch die preussischen Gesetze vom 24. Juni 1891 die Konsumvereine mit offenem Laden oder mit einem über ihre Mitglieder hinausgehenden Geschäftsbetrieb gewerbe- und einkommensteuerpflichtig gemacht worden; gewerbesteuerpflichtig sind sie ausserdem auch dann, wenn sie einen Gewinn unter ihre Mitglieder verteilen oder eine Verteilung des aus den Gewinnen angesammelten Vermögens unter die Mitglieder für den Fall der Auflösung nicht ausschliessen. Aber auch diese Erschwerungen entspringen einem socialpolitischen Gesichtspunkt. Man wollte dadurch die Gefahren der Konkurrenz der Konsumvereine für den Kleinhandel, der ohnehin in einer schwierigen Lage ist, abschwächen.

Noch vieles andere könnte ich anführen, was in das Gebiet der socialen Friedenspolitik einschlägt. Aber das Gesagte genügt vollauf. Die grosse Reihe positiver Massnahmen zum Schutze der wirtschaftlich und social Bedrängten, neben denen die Befreiung der socialdemokratischen Agitation von den Fesseln des Socialistengesetzes seit 1. Oktober 1890 noch Erwähnung verdient, hat selbstverständlich noch lange nicht alle berechtigten Wünsche und Bedürfnisse befriedigen können. Wir stehen ja erst am Anfang der Socialreform, und so sehr man vor Ueberstürzung auf diesem Gebiet warnen muss, so besteht doch kein Zweifel darüber, dass noch Grosses zu thun bleibt. Alle diese Massregeln haben auch nicht das Elend aus der Welt schaffen können. Wir wissen ja aus dem Munde unseres Kaisers, dass er das mit Recht gar nicht erhofft. Aber wenn ich nach allem die Frage stelle, ob der Kaiser in seiner bisherigen Regierungszeit das sociale Friedensprogramm zu verwirklichen gestrebt hat, mit dem er sein schweres, sorgen- und dornenvolles Amt antrat, so bin ich überzeugt, dass Sie alle diese Frage freudigen Herzens bejahen werden. Und das giebt uns eine Gewähr für die Zukunft. Manche haben einen Stillstand der Socialreform prophezeit, weil der Kaiser in seiner letzten Thronrede nicht ausdrücklich auf die Socialreform eingegangen ist. Aber schon die von mir erwähnten Gesetzentwürfe, mit denen der Reichstag sich zu befassen hat, lassen keinen Zweifel, dass eine solche Besorgnis schlechterdings unbegründet ist. Ueberdies gilt das Wort des Kaisers nicht bloss von heute zu morgen. Er hat sein socialpolitisches Programm so oft und so deutlich ausgesprochen, dass es wahrhaftig weiterer Versicherungen nicht mehr bedarf, um die Ueberzeugung von dem Fortgang der Socialreform zu erwecken. Unser Kaiser hat genugsam gezeigt, dass er ein Vorkämpfer

für den Frieden nach aussen und im Innern zu sein nicht nur verspricht, sondern auch im stande ist.

Warum sage ich das alles? War es nötig, um Ihre Bereitwilligkeit zur Darbringung des schuldigen Tributs der Dankbarkeit und Verehrung zu erzeugen? Gewiss nicht! Dazu hätte es keiner Worte weiter bedurft. Meine Ausführungen haben viel mehr angestrebt. Ein Fürst, der sich so wie unser Kaiser mit vollem Bewusstsein und mit grosser Thatkraft in den Dienst der modernen socialpolitischen Ideen stellt, der so wie er seine ganze grosse Macht, seine unermüdlige Arbeitskraft und seine ungemein reiche Begabung der Arbeit am politischen und socialen Frieden widmet, ein solcher Fürst verlangt und verdient mehr als eine konventionelle Ehrfurchtsbezeugung. Er verlangt und verdient die Liebe seiner Unterthanen, er fordert mit Recht ein Verständnis seines Strebens und eine feste und alle Stürme und Schwierigkeiten überdauernde Stätte in dem Herzen seines Volkes, dessen Wohlfahrt in jeder Beziehung zu heben seine unaufhörliche Sorge ist. Nicht weil es so Brauch ist, sondern aus innerstem Herzen heraus und mit ehrlicher Begeisterung sollen und wollen wir ihm heute danken für alles, was er gethan, und ihm treue Gefolgschaft geloben für gute und böse Zeiten.

So bitte ich Sie denn, mir warm und freudig zuzustimmen, wenn ich Sie auffordere, unserer Liebe, Verehrung und Dankbarkeit für unseren Landesherrn Ausdruck zu geben durch den Ruf:

Unser allergnädigster Kaiser und König Wilhelm II.
er lebe hoch, hoch, hoch!